



19.006

**Motionen und Postulate
der gesetzgebenden Räte
im Jahre 2018. Bericht****Motions et postulats
des conseils législatifs
en 2018. Rapport***Differenzen – Divergences*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.06.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 23.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

Antrag FK-SR

Festhalten

(= Die Motion 13.3363 abschreiben)

Schriftliche Begründung

Die Motion 13.3363, "Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen", beauftragt den Bundesrat, dem Parlament eine vollständige Analyse aller Verbundaufgaben zwischen Bund und Kantonen zu unterbreiten. Der Bundesrat hat diese Analyse vorgenommen und einen guten Bericht vorgelegt. Die Umsetzung der Schlussfolgerungen aus dem Bericht wurde bereits in Angriff genommen. Da der Auftrag in den Augen der Finanzkommission des Ständerates somit erfüllt ist, kann die Motion abgeschrieben werden.

Proposition CdF-CE

Maintenir

(= Classer la motion 13.3363)

Développement par écrit

La motion 13.3363, "Séparation des tâches entre la Confédération et les cantons", chargeait le Conseil fédéral de soumettre au Parlement une analyse complète de l'ensemble des tâches communes partagées entre la Confédération et les cantons. Le Conseil fédéral a procédé à cette analyse et présenté un bon rapport à ce sujet. Le processus de mise en oeuvre des conclusions tirées du rapport est déjà entamé. Aux yeux de la Commission des finances du Conseil des Etats, le mandat a ainsi été rempli, permettant dès lors le classement de la motion.

Germann Hannes (V, SH), für die Kommission: Es geht zunächst um die Motion 13.3363. Hier bleibt noch eine Differenz zum Nationalrat: Es geht um die Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen. Mit der Motion sollte der Bundesrat beauftragt werden, eine Analyse aller Verbundaufgaben von Bund und Kantonen durchzuführen und aufzuzeigen, ob eine Entflechtung einer Aufgabe zweckmässig ist. Falls eine bestimmte Aufgabe weiterhin eine Verbundaufgabe bleiben soll, ist dies zu begründen. Zudem verlangt die Motion, dass der Bundesrat diese Analyse zusammen mit dem dritten Wirksamkeitsbericht zum Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen unterbreitet.

Der vorliegende Bericht wurde am 28. September 2018 verabschiedet. Ihre Finanzkommission hat den Bericht an der Sitzung vom 18./19. Oktober 2018 diskutiert und zur Kenntnis genommen, die Finanzkommission des Nationalrates an ihrer Sitzung vom 17./18. Januar 2019. Der Bundesrat hat die Abschreibung der Motion beantragt. Im Frühjahr dieses Jahres hat unsere Kommission einstimmig beantragt, die Motion abzuschreiben. Der Rat ist ihr in der Sommersession stillschweigend gefolgt. An der Sitzung vom 1./2. April 2019 hat die FK-NR dann aber mit 13 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen beantragt, die Motion sei nicht abzuschreiben. Aus Sicht unserer Schwesterkommission hat der Bundesrat zwar die Analyse vorgenommen und einen guten Bericht



vorgelegt, jedoch müsste der Bundesrat die konkrete Aufgabenteilung

AB 2019 S 596 / BO 2019 E 596

zwischen Bund und Kantonen noch angehen. Darum beantragte die FK-NR, die Motion sei nicht abzuschreiben. Der Rat ist ihr dann stillschweigend gefolgt.

Wir haben uns dann in der zweiten Runde in der Kommission erneut für die Abschreibung ausgesprochen. Wenn Sie uns heute folgen, ist die Abschreibung endgültig. Wenn unser Rat beschliesst, die Motion nicht abzuschreiben, dann ist die Differenz zum Nationalrat aufgehoben, und die Motion wird nicht abgeschrieben. Wir haben uns den Überlegungen der Verwaltung anschliessen können. Dort ist nochmals betont worden, dass der Bundesrat das Mandat für die Überprüfung der Verbundaufgaben in Zusammenarbeit mit den Kantonen verabschiedet hat. Die KdK hat es auch kürzlich so verabschiedet. Der Prozess wird somit gestartet, und in diesem Sinne ist die Motion aus Sicht von Bundesrat und Verwaltung erfüllt. Dem haben wir uns angeschlossen, und wir haben darum einstimmig für die Abschreibung der Motion – also für Festhalten – votiert.

Angenommen – Adopté

Antrag SiK-SR

Festhalten

(= Die Motion 14.3035 nicht abschreiben)

Schriftliche Begründung

In der Debatte des Ständerates vom 6. Juni 2019 machte Ständerat Lombardi mittels Einzelantrag geltend, dass bei den kleineren Grenzübergängen zwischen der Schweiz und Italien weiterhin grosse Probleme bestehen. Verschiedene Überfälle hätten aufgezeigt, dass die grenzüberschreitende Kriminalität die Region vor grosse Herausforderungen stelle. In ihren Beratungen zeigte die Kommission Verständnis für die Argumentation des Bundesrates, da bereits verschiedene Massnahmen getroffen wurden, um die Situation zu verbessern. Entsprechend hatte sie ihrem Rat im April beantragt, dem Abschreibungsantrag des Bundesrates zu folgen. Vor dem Hintergrund, dass der Ständerat nach den Ausführungen von Ständerat Lombardi aber deutlich entschieden hatte, die Motion nicht abzuschreiben, schliesst sie sich ihrem Ratsplenum an. Sie beantragt mit 5 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen, die Motion nicht abzuschreiben.

Proposition CPS-CE

Maintenir

(= Ne pas classer la motion 14.3035)

Développement par écrit

Lors des débats au Conseil des Etats du 6 juin 2019, le conseiller aux Etats Filippo Lombardi a fait valoir, au moyen d'une proposition individuelle, que des problèmes majeurs subsistaient aux postes-frontières secondaires entre la Suisse et l'Italie. Selon lui, différents cas d'agression ont montré que la criminalité transfrontalière posait d'importants défis à la région. Lors de ses délibérations, la commission a montré de la compréhension à l'égard des arguments du Conseil fédéral, différentes mesures ayant déjà été prises afin d'améliorer la situation. En conséquence, elle avait proposé à son conseil, en avril, de se rallier à la proposition du Conseil fédéral de classer la motion. Toutefois, étant donné que, à la suite des explications fournies par le conseiller aux Etats Filippo Lombardi, le Conseil des Etats s'était clairement opposé au classement de la motion, la commission a décidé de se rallier à la décision du plénum. Elle propose donc, par 5 voix contre 3 et 3 abstentions, de ne pas classer la motion.

Dittli Josef (RL, UR), für die Kommission: Es geht hier um die Motion in Bezug auf die Grenzübergänge im Tessin, zu der Filippo Lombardi den Antrag stellte, sie sei nicht abzuschreiben. Wir hatten damals in der Kommission zuhanden des Rates den Antrag auf Abschreibung gestellt. Herr Lombardi konnte dann den Rat überzeugen, dass man die Motion nicht abschreiben sollte, weil die Situation im Tessin mit Blick auf die Sicherheit nicht genüge. Der Ständerat hat die Motion also nicht abgeschrieben. Die Kommission ist nun klar der Auffassung, dass wir bei unserem Beschluss bleiben und folglich an der Differenz zum Nationalrat festhalten sollten.

Ich beantrage Ihnen, diese Motion nicht abzuschreiben.

Lombardi Filippo (C, TI): Ringrazio la commissione per questa proposta. Effettivamente, ancora non si è mosso niente, non si è risolto niente nella zona di frontiera. I problemi che avevamo all'ultima sessione sono ancora presenti e i comuni di frontiera ci chiedono di mantenere questa nostra posizione. Perché il problema



deve essere risolto e si aspetta un intervento federale, oltre che le misure cantonali di polizia abituali. Quindi sì, convengo che sia opportuno mantenere questa mozione.

Angenommen – Adopté

Antrag WAK-SR

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
(= Die Motion 15.3551 nicht abschreiben)

Schriftliche Begründung

Das Ziel der Motion wurde noch nicht umgesetzt. Der Bundesrat sieht zwar vor, die Vereinfachung der Zollanmeldung im Rahmen des Programms Dazit anzugehen. Realisiert ist dieses Projekt jedoch noch lange nicht. Die Motion ist deshalb nicht abzuschreiben, bis Dazit in der Praxis umgesetzt ist.

Proposition CER-CE

Adhérer à la décision du Conseil national
(= Ne pas classer la motion 15.3551)

Développement par écrit

L'objectif de la motion n'a pas encore été atteint. Le Conseil fédéral prévoit certes de simplifier la déclaration en douane dans le cadre du programme Dazit. Toutefois, ce projet est encore loin d'être terminé. C'est pourquoi il ne faut pas classer la motion avant que ce programme ait pu être mis en oeuvre.

Engler Stefan (C, GR), für die Kommission: Es handelt sich hier um die Motion Noser 15.3551, "Bürokratieabbau. Anhebung des Mindestzolls", die Kollege Noser seinerzeit als Nationalrat eingereicht hat. Vielleicht erinnern Sie sich: Der Ständerat hat am 6. Juni 2019 beschlossen, dem Antrag des Bundesrates zu entsprechen, die Motion sei abzuschreiben. Der Nationalrat hat daraufhin am 18. Juni 2019 beschlossen, diesen Vorstoss nicht abzuschreiben. Daher findet auch zu diesem Geschäft eine verkürzte Differenzbereinigung statt. Ich zitiere aus der Stellungnahme des Bundesrates zum Antrag der WAK-NR: "Wenn das Parlament aber mit dieser Motion den Druck auf die Eidgenössische Zollverwaltung hinsichtlich Vereinfachungen ganz grundsätzlich aufrechterhalten will, kann die Zollverwaltung den Antrag, wie er seitens der WAK-NR formuliert worden ist, nachvollziehen."

Ihre vorberatende Kommission, die WAK-SR, schliesst sich dem Nationalrat an und möchte, dass diese Motion nicht abgeschrieben wird. Wir möchten den weiteren Verlauf des Grossprojekts Dazit abwarten und die daraus gewonnenen Erkenntnisse kennen, bevor wir bereit sind, die Motion abzuschreiben.

Wir haben vor rund vierzehn Tagen in Zusammenhang mit der Problematik des Einkaufstourismus auch eine Standesinitiative Thurgau behandelt. Wir haben uns von den Verantwortlichen der Eidgenössischen Zollverwaltung erklären lassen, wie komplex und aufwendig diese neuen Möglichkeiten der Zollanmeldung sein werden. Wir haben in diesem Zusammenhang auch das heutige System der Mehrwertsteuer-Freigrenze diskutiert. Wir sind der Meinung, dass es Sinn macht, das Gesetz, das voraussichtlich im kommenden Jahr in die Vernehmlassung geschickt wird, abzuwarten, bevor wir die Motion abschreiben. Einen Minderheitsantrag gibt es nicht.

Angenommen – Adopté

Antrag KVF-SR

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
(= Die Motionen 16.3481, 17.3356, 17.3012 und 16.3482 abschreiben)

Schriftliche Begründung

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerates nahm an ihrer Sitzung vom 1. Juli 2019 Kenntnis

AB 2019 S 597 / BO 2019 E 597

vom Kommissionspostulat 19.3532, "Längerfristige Weiterentwicklung des Zugangs zu Dienstleistungen der postalischen Grundversorgung", welches von ihrer Schwesterkommission am 14. Mai 2019 verabschiedet worden war. Das Postulat fordert den Bundesrat auf, eine längerfristige Planung des Zugangs zu Dienstleistungen der postalischen Grundversorgung einzufordern. Dabei soll unter anderem die längerfristige Entwicklung und Verteilung des flächendeckenden Netzes an Zugangspunkten aufgezeigt werden. Da dieses Postulat die noch offenen Anliegen aufnimmt, sieht die Kommission keinen weiteren Grund, die vier vorliegenden Motionen aufrechtzuerhalten. Sie beantragt ihrem Rat, dem Nationalrat zu folgen und die oben erwähnten Motionen



abzuschreiben.

Proposition CTT-CE

Adhérer à la décision du Conseil national

(= Classer les motions 16.3481, 17.3356, 17.3012 et 16.3482)

Développement par écrit

A sa séance du 1er juillet 2019, la Commission des transports et des télécommunications du Conseil des Etats a pris acte du postulat 19.3532, "Développement à plus long terme de l'accès aux prestations du service postal universel", déposé le 14 mai 2019 par son homologue du Conseil national. Ce postulat charge le Conseil fédéral de demander à la poste une planification à plus long terme de l'accès aux prestations relevant du service postal universel. Cette planification devra notamment inclure le développement et la répartition à long terme du réseau de points d'accès couvrant l'ensemble du pays. Vu que les objectifs en suspens sont repris dans ce postulat, la commission ne voit plus aucune raison de maintenir les quatre motions. Par conséquent, elle propose à son conseil de se rallier au Conseil national et de classer les motions visées en titre.

Hêche Claude (S, JU), pour la commission: En complément du rapport qui nous a été transmis, je me permets d'apporter deux précisions. Premièrement, lors de la séance de la commission du 1er juillet dernier, nous avons procédé à un échange avec les dirigeants de la Poste ainsi qu'avec Madame la conseillère fédérale Sommaruga, notamment sur la question de la planification à long terme de l'accès aux prestations du service postal universel et, implicitement, également sur la mise en oeuvre de l'initiative 17.314 de la République et canton du Jura à laquelle nous avons donné suite.

Deuxièmement, autre élément important, en date du 28 août dernier le Conseil fédéral a proposé d'accepter le postulat 19.3532 qui aborde le sujet de la planification à plus long terme de l'accès aux prestations relevant du service postal universel. Notre commission vous propose de se rallier à la décision du Conseil national et ainsi de classer les motions qui viennent d'être citées par notre président.

Angenommen – Adopté

Antrag WBK-SR

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

(= Die Motion 15.3653 nicht abschreiben)

Schriftliche Begründung

Die Kommission beantragt die Nichtabschreibung der Motion. Sie begrüsst zwar die Bestrebungen des Bundesrates sowie die Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz ab 1. Mai 2019, wünscht jedoch, gemäss Beschluss des Nationalrates, dass die geplanten Massnahmen zur Arbeitsmarktintegration im Bereich der Ausbildung der Flüchtlinge verstärkt werden.

Proposition CSEC-CE

Adhérer à la décision du Conseil national

(= Ne pas classer la motion 15.3653)

Développement par écrit

La commission propose de ne pas classer la motion. Elle se félicite des efforts fournis jusqu'à présent par le Conseil fédéral et de la mise en oeuvre de l'Agenda Intégration à partir du 1er mai 2019. Dans le domaine de la formation des réfugiés en vue d'une intégration sur le marché du travail, elle souhaite néanmoins, comme le Conseil national, un renforcement des mesures actuellement envisagées.

Noser Ruedi (RL, ZH), für die Kommission: Es geht hier um die Motion Munz 15.3653. Frau Munz beantragt, dass der Bundesrat beauftragt wird, im Rahmen der Fachkräfte-Initiative das inländische Potenzial anerkannter und vorläufig aufgenommener Flüchtlinge in allen Altersstufen besser zu nutzen und diese Menschen über den Weg einer anerkannten Ausbildung nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die Kommission beantragt Ihnen jetzt, nach Kenntnisnahme der Argumentation des Nationalrates, diese Motion nicht abzuschreiben. Wir anerkennen zwar die Bestrebungen des Bundesrates bei der Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz, die ab 1. Mai 2019 zusammen mit den Kantonen umgesetzt wird, und wir anerkennen diese Tätigkeiten. Aber trotzdem ist es so, dass wir bei der Arbeitsmarktintegration weiterhin auf einen Bericht darüber warten, wie die Ausbildung für Flüchtlinge verstärkt wird.

In dem Sinne möchte ich Sie bitten, diese Motion im Moment nicht abzuschreiben.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2019 • Erste Sitzung • 09.09.19 • 16h15 • 19.006
Conseil des Etats • Session d'automne 2019 • Première séance • 09.09.19 • 16h15 • 19.006



Angenommen – Adopté

